



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Klimaschutzpolitik

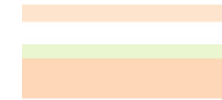
Welche Rolle spielen Wald und Forstwirtschaft im Kyoto-Prozess?

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Bernd Winkler



Der lange Weg bis zum Kompromiss





Der Klimawandel – Deutschland und die EU

- Vorreiterrolle beim Klimaschutz
- Europäischer Rat im März 2007:
 - Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau.
 - Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30 % sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten.
 - Emissionen bis 2050 gemeinsam um 60 bis 80 % gegenüber 1990 reduzieren.



- Klimarahmenkonvention, 1992

- Kyoto-Protokoll, 1997



Wald in der Geschichte der Klimaverhandlungen

- Die Bestimmungen des Art. 3.1 KP sprechen klar von Reduktion der Emissionen.
- Berücksichtigung von Senken stellt einen gewissen Widerspruch dazu dar.
- EU skeptisch:
 - Permanenz
 - Zusätzlichkeit
 - Leakage
- Bonn-Kompromiss 2001:
 - US kündigen an KP nicht zu ratifizieren
 - Zugeständnisse an Japan, Kanada, Australien und Russland bei der Senkenfrage
- Marrakesch 2001:
 - „Marrakesh-Accords“ regeln Detailfragen (u.a. Walddef.)



Klimarahmenkonvention

Artikel 4

(1) Alle Vertragsparteien werden unter Berücksichtigung **ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten** und ihrer speziellen nationalen und regionalen Entwicklungsprioritäten, Ziele und Gegebenheiten

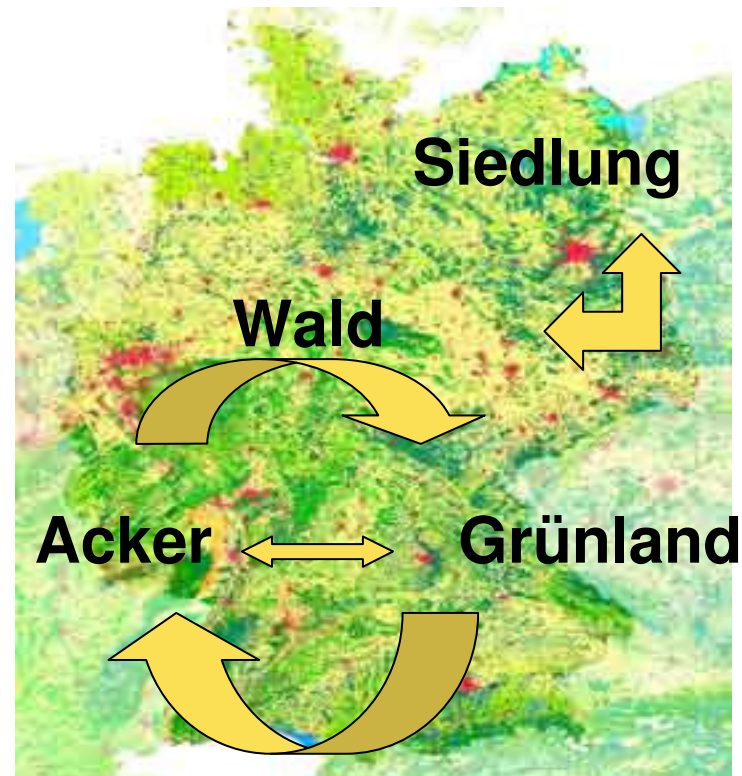
...

d) die **nachhaltige Bewirtschaftung** fördern sowie die Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung von Senken und Speichern ..., darunter Biomasse, **Wälder** .. fördern

Kyoto-Protokoll

Artikel 3.3

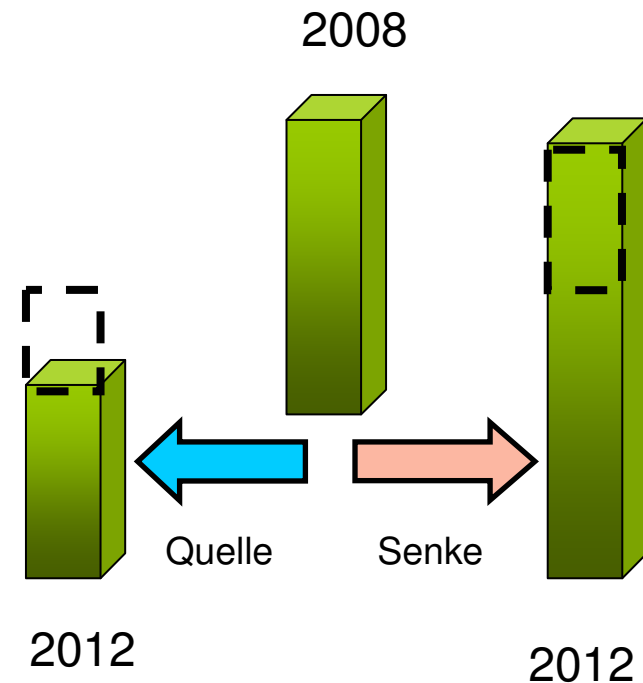
- Landnutzungsänderung
- 20 Jahre-Regel
- Slow-in and fast-out



Kyoto-Protokoll

Artikel 3.4 „Landnutzung“

- hier: Waldbewirtschaftung
- Anrechnung der Vorratsänderung zwischen 2008 und 2012
- o+u. Biomasse, Streu, Boden, Totholz





Instrumente zur Emissionsminderung

flexible Mechanismen :

- gemeinsame Projektumsetzung (JI = Joint Implementation in Annex I-Staaten)
- Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM = Clean Development Mechanism in EL-Ländern)
- Emissionshandel

Emissionsminderungsmaßnahmen

Inland

Ausland

Emissionshandel

Nicht-Annex I

Annex I

International

EU-ETS

CDM-Projekte

JI-Projekte

Emissionsgutschriften (CER)

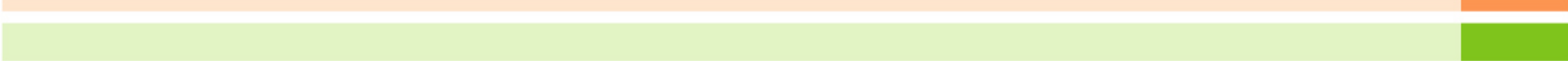
Emissionsgutschriften (ERU)

Emissionsrechte (AAU)

Emissionsrechte für Unternehmen (EUA)

Aufforstungs-/ Wiederaufforstungsprojekte





Emissionshandel - EU-Gesetzgebung

- **Burden Sharing**

- Lastenverteilung der damals 15 EU-Mitgliedstaaten (EU-15) von 1998

- **Emissionshandels-Richtlinie**

- begründet das Gemeinschaftssystem der EU-Mitgliedstaaten zum Emissionshandel

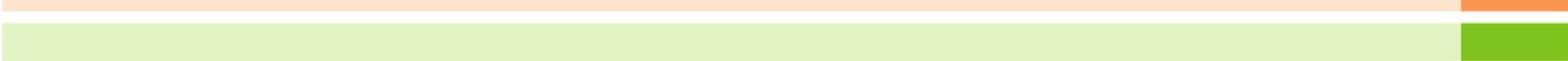
- **Linking Directive**

- „verbindet“ die Vorgaben aus dem KP mit dem EU-ETS im Hinblick auf JI und CDM



Emissionshandel - Nationale Gesetzgebung

- **Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen** zum Emissionshandel für die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012
 - dient der Vorbereitung der zweiten Handelsperiode im Emissionshandel; trat am 11.08.2007 in Kraft
- Das **Treibhaus-Emissionshandelsgesetz**
 - stellt die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie über Emissionshandel sicher.
- Das **Projekt-Mechanismen-Gesetz (ProMechG)**
 - enthält die deutschen Rechtsgrundlagen für die Durchführung von CDM- und JI-Projekten
- Das **Zuteilungsgesetz**
 - legt die nationalen Mengenziele für die Emission von Kohlendioxid sowie Regeln für die Zuteilung und Ausgabe der Emissionsberechtigungen fest.
- Der **Nationale Allokationsplan**
 - definiert die zuteilungsfähige Gesamtmenge an CO₂-Emissionsberechtigungen sowie konkrete Festlegungen von Regeln und Mengen der Zuteilung in den Handelsperioden.



Emissionshandel - Zusammenfassung

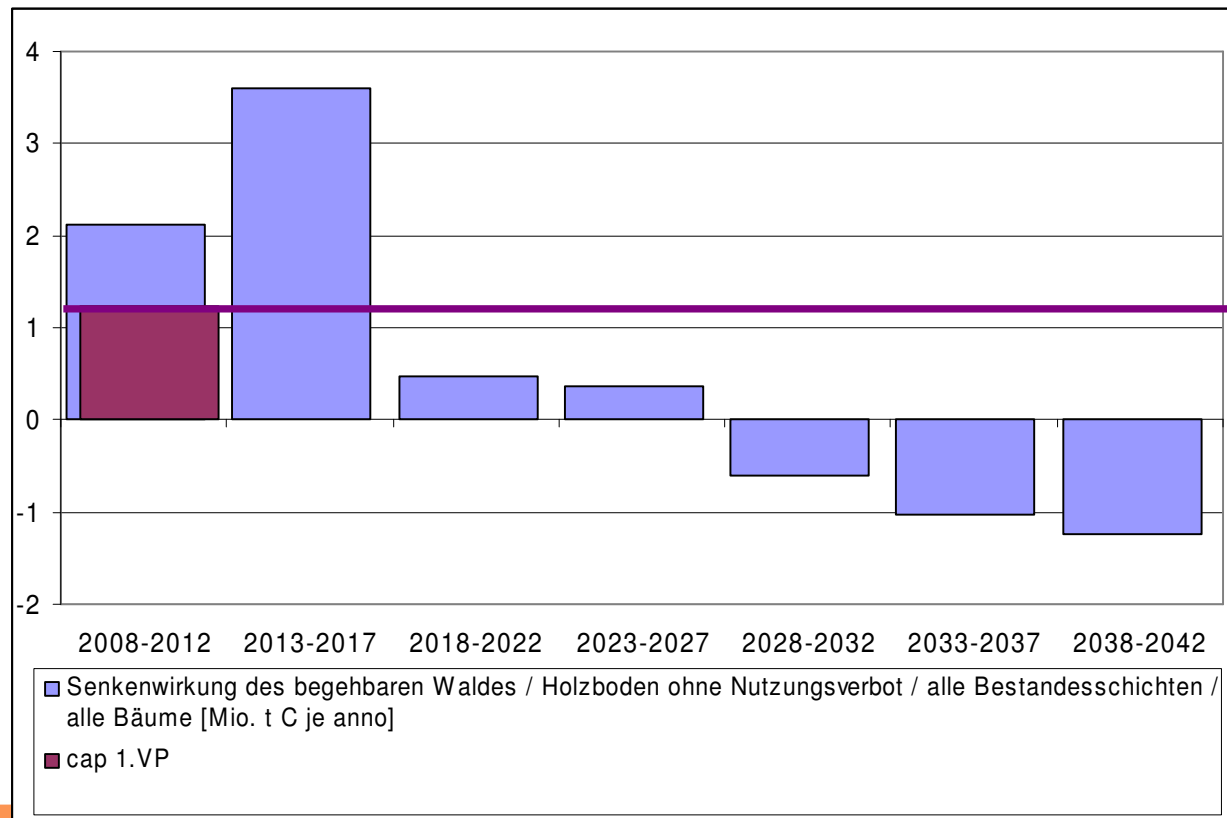
- Senkenprojekte sind vom EU-Emissionshandel ausgeschlossen.
- CDM-Projekte (EL-Länder):
 - aufwändig; hohe Anforderungen an die Projektausgestaltung und Berichterstattung.
 - nur AR-Projekte zulässig
- JI-Projekte (Annex 1-Staaten):
 - aufwändig trotz geringer Anforderungen an die Projektausgestaltung und Berichterstattung. Regeln des Gast- und Investorlandes sind zu berücksichtigen.
- Senkenprojekte könnten außerhalb des EU-Emissionshandels umgesetzt werden:
 - hohes Risiko für die Waldbesitzer; hoher Verwaltungsaufwand.



Warum Anrechnung der Waldbewirtschaftung?

Frage 1:

Wie wird sich der Kohlenstoffspeicher entwickeln?





Frage 2:

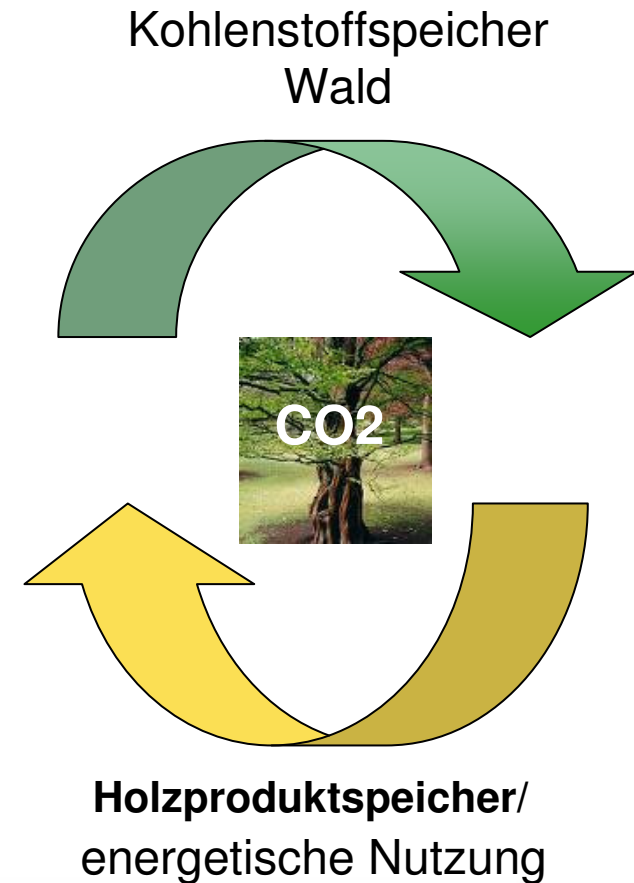
Welche walddrelevanten Regeln wird ein Klimaschutzregime nach 2012 enthalten?

- „Einmal Kyoto-Land, immer Kyoto-Land“
- Artikel 3.4:
„...Ein ... Beschluß kommt in dem zweiten und den nachfolgenden Verpflichtungszeiträumen zur Anwendung. Eine Vertragspartei hat die Wahl, einen solchen Beschluß auf ihren ersten Verpflichtungszeitraum anzuwenden.“
- Gleichwohl läuft das Kyoto-Protokoll im Jahr 2012 aus.

Frage 3:

Hat die Anrechnung Auswirkungen auf die Klimaschutzbemühungen ?

- Anrechnung der Waldbewirtschaftung führt nicht zur Entlastung anderer Sektoren mit verbindlichen Zielen (Bsp. Energiewirtschaft).
- „Holz“ aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung ist immer ein Beitrag zum Klimaschutz.



Frage 4:

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Waldbesitzer und die Forstpolitik?

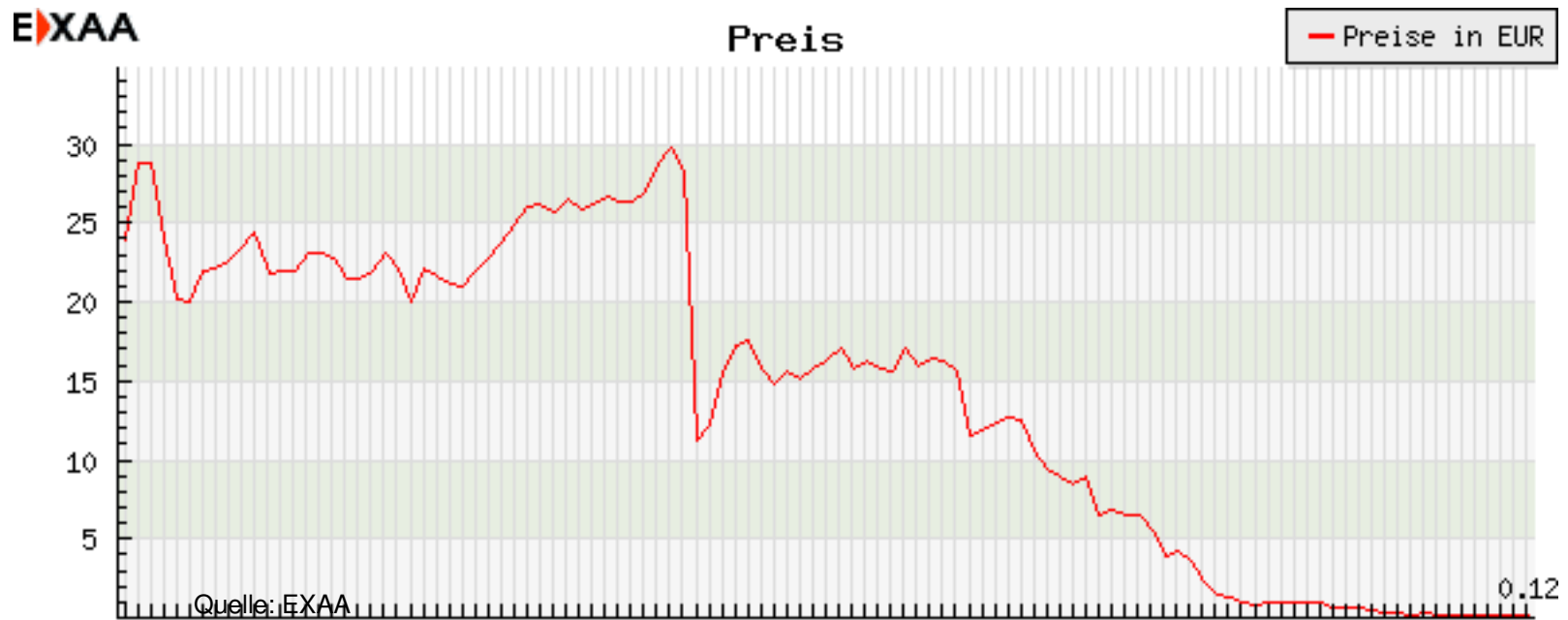
- Forstwirtschaft soll am potentiellen Nutzen aus der Anrechnung beteiligt werden.
- Entscheidung zur Anrechnung der Waldbewirtschaftung richtet sich zunächst nur an den Staat.
- Ängste vor weiteren Bewirtschaftungsbeschränkungen erscheinen ungerechtfertigt.
- Nutzenverzicht ist weder aus forst- noch aus klimaschutzpolitischer Sicht sinnvoll.



Wert von Waldsenkenzertifikaten (RMU)

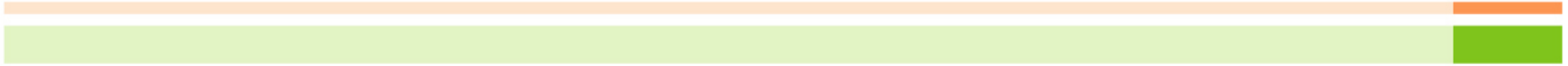
- Derzeit nur grobe Vorstellungen über Wert von RMUs (zwischen 0 und 100 Euro):
 - tCERs
 - Preisentwicklung der EUAs in der ersten Handelsperiode
 - Strafzahlungen

Preisentwicklung für CO2-Zertifikate 2006-2007



Anforderungen an ein System zur Nutzenverteilung

- Beitrag zur Umsetzung **forst- und klimapolitischer Ziele**,
- geringes **Risiko** für Waldbesitzer und Staat,
- geringer **Verwaltungsaufwand**,
- **gerecht** im Hinblick auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen unter denen Waldbesitzer wirtschaften
- Vermeidung von **Interessenkonflikten** (z.B. mit der Charta für Holz),
- Vermeidung von Überschneidungen mit **anderen Förderinstrumenten** (z.B. GAK).



Vielen Dank!

